

Rede von Helmut Kohl (Bonn, 7. Dezember 1984)

Legende: Am 7. Dezember 1984 kommt Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem deutschen Bundestag auf die Einfuhr von Agrarprodukten aus den Mittelmeerländern zu sprechen.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 08.12.1984, Nr. 152. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Rede von Helmut Kohl", p. 1341-1342.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_helmut_kohl_bonn_7_dezember_1984-de-6ba703be-4d79-4c97-94b8-ff8bd4d51eda.html

Publication date: 27/02/2014

Rede von Helmut Kohl (Bonn, 7. Dezember 1984)

[...]

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt des Europäischen Rates stand die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal.

Ich will hier noch einmal feststellen daß wir hier im Deutschen Bundestag - auch in der letzten Legislaturperiode immer wieder in völliger Einmütigkeit erklärt haben, daß es unser Wunsch ist, daß das von den Demokraten Europas gegebene Versprechen an die demokratischen Parteien und Kräfte in Spanien und Portugal, ihnen nach der Rückkehr aus einem autoritären oder von Diktatur beherrschten Regime in die freie Welt, möglichst rasch die Möglichkeit zu erschließen, in die Gemeinschaft einzutreten, eingelöst wird.

Wir waren uns alle bei diesem oft genug sehr hochherzig gegebenen Versprechen darüber im klaren, daß der Weg zum Beitritt von Spanien und Portugal mit großen Schwierigkeiten versehen sein würde.

Trotz dieser Schwierigkeiten möchte ich hier noch einmal namens der Bundesregierung erklären, daß es unser erklärtes Ziel und unser erklärter Wunsch ist, daß das vorgegebene Datum des 1. Januar 1986 erreicht werden muß, erreicht werden kann.

Wie nicht anders zu erwarten, stehen natürlich in einem solchen Zusammenhang dann wirtschaftliche Interessen bei der Aushandlung der Vertragsunterlagen im Mittelpunkt der Diskussion.

Ich möchte noch einmal gegenüber der deutschen Öffentlichkeit hier zum Ausdruck bringen: Ich glaube, es sind durchaus wohlverstandene Interessen, die die einzelnen Länder in diesem Zusammenhang vorbringen. Wer die Bedeutung beispielsweise des Fischfangs für unsere französischen und spanischen Nachbarn kennt, der weiß, daß es nur zu natürlich ist, daß es bei der Auseinandersetzung über die künftige Entwicklung auf diesem wichtigen Sektor europäischer Wirtschaft zu Schwierigkeiten kommen muß.

Der entscheidende Punkt ist, ob man um des großen wichtigen Zieles wegen den guten Willen und die Bereitschaft aufbringt, Kompromisse zu schließen.

Wir selbst haben auf diesem europäischen Gipfel in Dublin eine ernsthafte, manchmal etwas stürmische Diskussion über die Frage der Weinüberschüsse in der EG nach dem Beitritt von Spanien und Portugal gehabt. Auch dies ist eine Frage, die selbstverständlich für einen wichtigen Teil unserer Mitbürger von großem Interesse ist.

Ich habe gelegentlich in diesen Tagen gehört: Die streiten sich nur über Wein. Da möchte ich doch darauf hinweisen, daß die Existenz von vielen tausend Winzerfamilien zutiefst von dieser Entwicklung beeinflusst ist und daß es ganz selbstverständlich zur Aufgabe einer Regierung gehört, in Wahrung der berechtigten Fugeninteressen, aber auch eingebunden in die Verpflichtung, dem gemeinsamen Ziel zu dienen, Kompromisse herbeizuführen.

Unser Ziel muß nach manchen bitteren Erfahrungen der europäischen Agrarpolitik sein, rechtzeitig konkrete Beschränkungen der kostspieligen Weinüberschüsse zu erreichen, bevor mit Spanien ein weiterer großer Weinproduzent der Gemeinschaft beitritt.

Auch hierzu eine Bemerkung: Ich halte es für ganz richtig und wichtig, was Präsident Mitterrand in diesem Zusammenhang mehrmals betonte: daß es nur auch intellektuell redlich ist, wenn wir die bestehenden Schwierigkeiten vor dem Beitritt diskutieren und ausräumen. Wir wissen aus konkreten Erfahrungen der Vergangenheit, daß nach dem Beitritt ein Übereinkommen in solchen Fragen sehr viel schwieriger zu finden ist.

Im März hat die Gemeinschaft, wie Sie wissen, die Einschränkung der Garantie für Milch beschlossen. In Dublin ist es nun gelungen, einen Kompromiß für die Regelung beim Wein durchzusetzen. Ich hoffe, daß es

trotz des griechischen Einspruchs möglich sein wird, den Weg jetzt für den Beitritt von Spanien und Portugal frei zu machen. Das heißt, daß die Kommission ad referendum die Möglichkeit hat, in den nächsten Wochen auch über alle noch offenen Fragen, nicht zuletzt über den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten und über Fragen der Fischerei, mit Spanien und Portugal zu verhandeln.

Ich weiß, daß diese Verhandlungen nicht leicht sein werden. Aber es ist ein großer Fortschritt, daß sich jetzt die Gemeinschaft darin einig ist, was sie erreichen will und was sie geben kann.

Es wird jetzt auch - und auch dies muß man sagen - auf die Kompromißbereitschaft und -fähigkeit der spanischen und der portugiesischen Regierung ankommen, um die Verhandlungen rasch abschließen zu können.

Trotz der sehr schwierigen Gespräche in Dublin gehe ich davon aus, daß der Beitritt, wie zugesagt, am 1. Januar 1986 erfolgen wird. Er läßt sich schaffen, wenn alle Beteiligten den notwendigen guten Willen zur Einigung aufbringen. Wir, die Bundesregierung, - und ich denke, Sie werden uns dabei unterstützen - werden das Menschenmögliche tun, um unseren Beitrag zu leisten, damit dieser versprochene Termin eingehalten wird.

Die griechische Regierung hat ihre Zustimmung zu diesen Zwischenergebnissen von dem Vorbehalt abhängig gemacht, daß über die Höhe der Mittel und über die Durchführung von integrierten Mittelmeerprogrammen Einvernehmen erzielt wird. Erlauben Sie mir auch zu diesem Thema eine offene Bemerkung.

Man liest ja manches Wort der Kritik in diesen letzten Tagen. Ich möchte zugunsten der griechischen Kollegen hier doch auch zum Ausdruck bringen, daß die Gemeinschaft der griechischen Regierung seit 1979 - das sind jetzt immerhin auch schon fünf Jahre - immer wieder Zusagen gegeben hat, damit das integrierte Mittelmeerprogramm endlich beginnen kann. Wer jetzt also das Verhalten der griechischen Regierung wertet, muß bitte auch zur Kenntnis nehmen, daß es hier seit Jahren bisher nicht eingehaltene Zusagen gibt.

Ich bin zuversichtlich, daß die Chance besteht, daß wir in den nächsten Monaten zu einer Einigung kommen. Griechenland wird sicher einsehen, daß anderen europäischen Staaten, die wie Griechenland zur Demokratie zurückgefunden haben, keine Hindernisse in den Weg gelegt werden sollten, der Gemeinschaft beizutreten. Dies wäre ganz gewiß nicht die richtige Methode, eigene Forderungen durchzusetzen.

Die gefundene Weinregelung sieht langfristig eine Anpassung der Produktion an den Bedarf vor. Um die Produktion zu vermindern, werden Rodungsprämien zum verstärkten Abbau von Weinbergen gewährt. Gleichzeitig ist eine zwangsweise Destillation von Tafelwein zu niedrigen Preisen für die Erzeuger beschlossen worden, um die zur Zeit bestehenden Überschüsse zu beherrschen. Durch die niedrigen Preise soll die Überschusserzeugung deutlich gebremst werden.

Unser Anteil, der Anteil der Bundesrepublik Deutschland an der Überschußproduktion ist gering, da bei uns bis zu 90 Prozent Qualitätsweine erzeugt werden. Wir konnten erreichen, daß die bisherigen Herstellungsverfahren durch unsere Winzer weiter angewendet werden können. Die für die deutschen Winzer besonders wichtigen Anreicherungen werden in der bisherigen Form beibehalten.

Die EG-Kommission ist beauftragt, bis 1990 einen Bericht zu diesem Thema vorzulegen. Der Rat wird dann entscheiden. Ich rate uns allen, der Bundesregierung, das heißt der amtlichen Politik, aber auch den Weinbauverbänden und den in der Landwirtschaft besonders betroffenen Berufskreisen, daß wir nicht erst dieses Datum -1990- abwarten sollten, sondern daß man sich sehr frühzeitig um eine einvernehmliche Lösung für die unmittelbar Betroffenen bemühen sollte.

Meine Damen und Herren, wir können mit gutem Gewissen sagen, daß eine Lösung gefunden wurde, die auch den Interessen des deutschen Weinbaus, der deutschen Winzer Rechnung trägt.

[...]